Aktionsbündnis gegen AIDS

informiert

mit Jubiläums-Beilage!

10 Jahre gegen AIDS. Wir bleiben dran!

10 Jahre Aktionsbündnis gegen AIDS

„Leben ist ein Menschenrecht“ – auch in den kommenden 10 Jahren

10 Jahre lang ging es aufwärts: Immer mehr HIV-infizierte Menschen bekamen selbst in ländlichen Regionen Zugang zu Medikamenten und die Preise fielen erheblich. Rund 6,6 Millionen Menschen erhalten heute die lebensnotwendigen Medikamente, die Neuinfektionen sind zurückgegangen. Es ist sogar möglich, Neugeborene vor HIV zu schützen. Mittlerweile jedoch stehen schwarze Wolken am Horizont. Vielerorts sind neue bessere Medikamente teuer und knapp und es ist deutlich schwieriger, den Zugang zu lebensrettender Aidstherapie nachhaltig zu gestalten.

© Difäm

Dr. Christoph Benn und Dr. Rainward Bastian, ehem. Direktor des Difäm und Rechtsträger des Aktionsbündnis im Gespräch mit Kofi Annan ehem. UN-Generalsekräter, 12.12.2003, Tübingen

Die Gründung des Aktionsbündnis gegen AIDS fiel in eine Zeit des Aufbruchs. 2001 trafen sich in New York Regierungsvertreter/innen aus 189 Staaten zur ersten UN-Sondervollversammlung zu HIV und Aids. In einer Erklärung verpflichteten sie sich, grundlegende Ziele zu erfüllen, um die Epidemie einzudämmen und allen Bedürftigen Zugang zu Behandlung zu schaffen. Wenig später wurde der Globale Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria gegründet und damit die Basis für die notwendige Finanzierung geschaffen. Auch von Seiten der Kirchen war seit den 90-er Jahren viel geschehen. Auf internationaler Ebene entstand die EAA (Ecumenical Advocacy Alliance), in der Dr. Christoph Benn, damaliger Leiter der Difäm-Studienarbeit, mitwirkte. Deren Impulse brachte er nach Deutschland und so kam es am 17. November 2002 zur Gründung des Aktionsbündnis gegen AIDS, einem breiten Netzwerk, dem heute insgesamt 360 Organisationen der Aids- und Entwicklungshilfe sowie kirchliche und lokale Gruppen angehören. Unter dem Leitspruch „Leben ist ein Menschenrecht“ macht das Aktionsbündnis sowohl in Deutschland als auch mit internationalen Partnern anwaltschaftliche Arbeit und Kampagnen, um die Öffentlichkeit zu informieren, das Engagement der Politik kritisch zu begleiten und Druck auf die Pharmaindustrie auszuüben, um Preise zu senken und mehr Forschung zu betreiben. So wurden beispielsweise in der ersten Kampagne 2003 der Bundesregierung 280.000 Unterschriften auf Medikamentenschachteln überreicht. Die Regierung wurde damit aufgefordert, die notwendigen finanziellen Mittel für die Antwort auf die HIV/Aids-Epidemie bereitzustellen. Dies führte dazu, dass das Aktionsbündnis sowohl in der deutschen Öffentlichkeit als auch in der Politik und Pharmaindustrie deutlich wahrgenommen wurde.

Gestern, Heute, Morgen: Für den universellen Zugang!

Stetes Ziel des Aktionsbündnisses ist der sogenannte universelle Zugang. Es bedeutet, dass allen bedürftigen Menschen weltweit der Zugang zu HIV-Prävention, Behandlung, Betreuung und Pflege gewährleistet wird.

Der Kampf gegen HIV und Aids ist inzwischen in eine kritische Phase getreten. Angesichts der anhaltenden Finanz -und Wirtschaftskrise ist es sehr viel schwieriger geworden, die finanziellen Mittel zu mobilisieren und Gesundheitssysteme nachhaltig zu stärken.

In den 10 Jahren seines Bestehens hat das Aktionsbündnis gegen AIDS sehr viel erreicht. Es wird von der Bundesregierung wie auch von der Pharmaindustrie als wichtiger „Player“ wahrgenommen und kann die weiterhin wichtigen Anliegen effektiv vertreten. Zukünftig wird es von einem eigenen Rechtsträgerverein getragen, der das Bündnis in die nächste Dekade begleiten wird.

Dr. Gisela Schneider,
Direktorin des Difäm e.V. und Rechtsträger des Aktionsbündnis gegen AIDS

Unterstützung für den Globalen Fonds: Kampagne „Versprechen halten – Leben retten“

Der Anfang ist gemacht: Bundesminister Niebel gibt erste Teilzahlung für Globalen Fonds frei

Die Bundesregierung hat dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) jährlich 200 Millionen Euro für seine Gesundheitsprogramme zugesagt. Die Gelder sind im Haushalt 2012 aber nicht fest eingestellt und daher unsicher. Die Kampagne „Versprechen halten – Leben retten“ von der Kindernothilfe und Aktionsbündnis gegen Aids übt deshalb Druck auf die Bundesregierung aus. Mit Erfolg - im März wurden nun die ersten 50 Millionen Euro für dieses Jahr ausgezahlt, der Rest soll folgen. Dies ist ein wichtiger Schritt, aber längst nicht genug. Auch für 2013 muss die Zahlung von mindestens 200 Millionen Euro garantiert werden!

Organisationen mit bedeutenden Aidsbekämpfungsprogrammen in Südafrika haben mehr als sieben Monate auf die Gelder des Globalen Fonds gewartet. Durch Verzögerungen bei der Auszahlung sind sie in enorme Finanzprobleme geraten. Die Auswirkungen sind dramatisch: Bereits Anfang Februar hat beispielsweise die „Treatment Action Campaign“, eine bedeutende südafrikanische Organisation für die Behandlung mit Aidsmedikamenten, damit begonnen, Personal zu entlassen. Mehrere Tausend Betroffene bangen wegen fehlender Medikamente buchstäblich um ihr Leben. So sieht es in mehreren Ländern des globalen Südens aus.

Versorgungslücke durch stockende Gelder

Ursächlich dafür sind fehlende Mittelzusagen und Auszahlungsverzögerungen der wichtigen Geberstaaten, die zum ersten finanziellen Engpass in der Geschichte des Fonds führten. Anfang 2011 stellte zum Beispiel Bundesminister Dirk Niebel nach Korruptionsvorwürfen in vier Empfängerländern die Zahlung des deutschen Beitrags von 200 Millionen Euro ein. Obwohl diese Fälle mit beispielloser Transparenz aufgeklärt wurden und ein Reformprozess erfolgreich anläuft, hat die Bundesregierung die Auszahlung verzögert und den Beitrag als festen Titel aus dem Bundeshaushalt 2012 genommen.

Diese finanziellen Unsicherheiten kommen zu einem Zeitpunkt, an dem sich in vielen Bereichen große Erfolge zeigen. Die Zahl der Menschen mit Zugang zu lebensrettenden Aidsmedikamenten stieg beispielsweise von 250.000 im Jahr 2002 auf heute 6,6 Millionen. 3,3 Millionen davon erhalten ihre Medikamente durch den Globalen Fonds. Kein Wunder, dass er als wichtigstes Finanzierungsinstrument im Gesundheitssektor gilt.

„Versprechen halten – Leben retten!“

Machen Sie mit!

- Geben Sie online Ihre Stimme ab (www.kindernothilfe.de/globalfund),
- Sammeln Sie Unterschriften,
- Klären Sie mit einem Infostand in der Fußgängerzone auf,
- Organisieren Sie mit uns eine Informationsveranstaltung.

Besonders wichtig sind Aktionen im Juni 2012 zu den Haushaltsberatungen für 2013.

Die Unterschriften werden im Dezember 2012 der Bundesregierung übergeben.

© Kindernothilfe

Verpflichtungen müssen eingehalten werden

Die Kindernothilfe und das Aktionsbündnis gegen Aids haben deshalb am Weltaidstag 2011 die Kampagne „Versprechen halten – Leben retten!“ gestartet und fordern die Bundesregierung auf, nicht nur die zugesagten Beiträge tatsächlich zu zahlen, sondern sie ab 2013 auch auf eine angemessene Höhe von mindestens 400 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen. Denn das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel, bis 2015 allen 15 Mio. Betroffenen eine Behandlung zu ermöglichen, muss erreicht werden!

Antje Weber,
Referat Bildung und Öffentlichkeitsarbeit,
Kindernothilfe

Menschenleben vor Profite!

Handelsabkommen können Zugang zu Medikamenten bedrohen

Dass heute rund 6,6 Mio. Menschen eine lebensrettende HIV/Aids-Therapie erhalten, ist der Herstellung von qualitativ hochwertigen aber kostengünstigen Nachahmerpräparaten (sog. Generika) zu verdanken. Durch internationale Handelsabkommen wie dem Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA) oder dem Entwurf des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union (EU) und Indien könnte die Produktion und der Handel mit Generika nun erschwert werden. Denn sie enthalten Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums, die die Rechte von Originalherstellern stärken. Dadurch würden Medikamente wieder teurer, was fatale Konsequenzen für Patienten hätte. Deshalb protestierten in den vergangenen Wochen Tausende weltweit gegen diese Abkommen.

Foto: Sebastian Beuth

Marwin Meier, Gesundheitsreferent bei World Vision und Mitglied im Aktionsbündnis gegen AIDS – Redebeitrag Anti-ACTA-Demo, Frankfurt, 25.2.2012.

Gerade in Indien, der „Apotheke der Armen", darf die Generikaproduktion nicht beeinträchtigt werden. Die EU versucht im Freihandelsabkommen mit Indien aber Regelungen durchzusetzen, wonach ausländische Unternehmen die indische Regierung vor Schiedsgerichten verklagen könnten, wenn Indien zum Schutz der öffentlichen Gesundheit Maßnahmen ergreift, die das geistige Eigentum der Unternehmen verletzen könnten. Auch wird befürchtet, dass Indien zur Einführung sog. Datenexklusivität verpflichtet werden könnte. Dann müssten Generikafirmen sehr kostspielige klinische Studien wiederholen oder bis zum Erlöschen des exklusiven Rechts warten, weshalb Generika erst Jahre später auf den Markt kommen würden.

ACTA könnte auch Generikahandel treffen

Auch ACTA könnte sich nachteilig auf den Zugang zu Generika auswirken. Das Abkommen enthält Handelsbarrieren, die zu Lieferverzögerungen oder sogar Versorgungsausfällen führen könnten. So sollen Generika beim bloßen Verdacht auf Markenrechtsverletzungen vom Zoll aufgehalten werden können, auch wenn sie sich nur im Transit befinden. Dies ist in der EU aufgrund einer ähnlichen Regelung bereits mehrfach unberechtigter Weise geschehen. Wir befürchten, dass solche Fälle durch ACTA noch zunehmen werden. Denn die Beurteilung von Markenrechtsverletzungen erfordert rechtliche Expertise und könnte für Zollbehörden sehr schwierig sein. Zudem könnten Generikahersteller, Zulieferer und Händler abgeschreckt werden, weil ACTA bei Rechtsverletzung unverhältnismäßig hohe Strafen und Schadensersatzforderungen vorsieht.

Zwangslizenz senkt Preise

Trotz allem gibt es auch Grund zur Hoffnung: im März 2012 erteilte das indische Patentamt seine erste Zwangslizenz für die Produktion von Generika. Danach darf der indische Pharmahersteller Natco ein Krebsmedikament auch ohne das Einverständnis des Originalherstellers Bayer für den indischen Markt produzieren. Zwar muss Natco an Bayer eine Lizenzgebühr in Höhe von 6% des Netto-Verkaufswertes zahlen. Die Behandlungskosten pro Patient werden aber um mindestens 97% sinken. Dieser Präzedenzfall ist ein positives politisches Signal, das doch auf eine generelle Verbesserung auch des Zugangs zu HIV/Aids-Medikamenten in ärmeren Ländern hoffen lässt.

Dr. Sandy Harnisch, Referentin für Lobby- und Advocacyarbeit, Aktionsbündnis gegen AIDS

Weitere Infos zu ACTA und EU-Indien-Abkommen unter: www.aids-kampagne.de/aktuell/im-aktionsbuendnis/acta-eu-indien-abkommen/

Neuer Fachkreis im Aktionsbündnis

HIV/Aids und Migration/Mobilität

Der jüngste Fachkreis (FK) im Aktionsbündnis befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen HIV/Aids und Migration sowie Mobilität. Ein erstes Vorbereitungstreffen im Februar 2012 ergab zwei Themenblöcke, mit denen sich der FK beschäftigen möchte

Die Situation HIV-positiver Migrant/innen in Deutschland

Viele der betroffenen Menschen leben unter rechtlich unsicheren Bedingungen in Deutschland: Ihr Aufenthalt, der ursprünglich aus humanitären Gründen gewährt wurde, ist von zeitlich befristeten Duldungen abhängig. Sie sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, weil das Verlassen der ihnen zugewiesenen Wohnorte von Genehmigungen der Ausländerbehörden abhängt. Außerdem dürfen sie nicht erwerbstätig sein und sind somit von häufig unzureichenden staatlichen Sozialleistungen abhängig. Auch die medizinische Versorgung ist sehr unzureichend: es gibt keine nachhaltige Finanzierung der Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten, die für die Erhaltung eines stabilen Gesundheitszustands notwendig sind.

Der FK möchte mit Gruppen auf lokaler Ebene, die in Kirchengemeinden oder Basisgruppen Kontakt mit den betroffenen Migrant/innen haben, die hier oft als Flüchtlingen und Asylbewerber/innen leben, gemeinsam analysieren, was gemeinsam getan werden muss zur Verbesserung der Situation. Entsprechend soll dann eine gezielte Lobby-Strategie erarbeitet werden, mit dem Ziel die rechtlichen Bedingungen der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen zu verändern.

Möglicherweise ergibt sich daraus ein Thema für eine Kampagne des Aktionsbündnis im Jahr 2013.

Ökonomische und soziale Faktoren, die Migration, Mobilität und HIV/Aids verursachen

Bestimmte materielle sowie soziale Bedingungen von Menschen im „Globalen Süden“, sind ursächlich für Migration und Mobilität und wirken als solche negativ auf die Gesundheit.

Aus Daten zur regionalen Verbreitung von HIV/Aids wissen wir, dass besonders Gegenden mit starken Verkehrsströmen (große Straßen- und Verkehrsknotenpunkte, Häfen, Handelszentren), also Orte mit großer Mobilität und Orte, an denen Menschen aus unterschiedlichen Regionen in Lagern untergebracht sind (Flüchtlingslager) eine höhere Betroffenheit haben. HIV/Aids ist dort stark ausgeprägt, wo bedingt durch Mobilität traditionelle soziale und gesellschaftliche Strukturen ihre Integrationskraft verloren haben.

Um Aussagen über die Effektivität der Präventionsarbeit hierzu machen zu können, möchte der FK untersuchen, wie diese Bedingungen in der Entwicklungszusammenarbeit mit unseren Partnern berücksichtigt werden und welche weiteren Faktoren für den Zusammenhang der Mobilität der Menschen und des Virus gelten.

Unabhängig von diesen beiden Fragestellungen ist der Fachkreis offen für Anregungen aus der Trägerschaft des Aktionsbündnis - vor allem wünscht er sich eine rege Beteiligung aus dem Kreis der Basis- und Aktionsgruppen.

© Deutsche Aids-Hilfe

Postkartenaktion der Deutschen Aids-Hilfe.

© Deutsche Aids-Hilfe

Für Rückmeldungen, Fragen zur Mitarbeit und weiteren Infos: Beate Ramme-Fülle (Bündnisbüro) und Rainer Lingscheid (Positive Aktion: MigrantInnen gegen AIDS e.V.) info@aids-kampagne.de, Tel: 07071 - 206 504

Rainer Lingscheid,
Sprecher des Basis-Säule im Aktionsbündnis und Positive Aktion e.V.

Mitmachaktion „In9Monaten.de“

Eine erfolgreiche Kampagne neigt sich dem Ende

Bis Ende März 2012 haben über 32.400 Menschen aus der ganzen Bundesrepublik mit ihrer Unterschrift bekräftigt „Bis 2015: Babys ohne HIV!“. Auch 39 Mitglieder aus allen Fraktionen des Deutschen Bundestags haben sich jüngst dem Slogan angeschlossen. Zum Welt-Frauen-Tag am 8.März dieses Jahres haben sie einen Ansteck-Button mit der Forderung getragen (siehe Foto). Sie alle unterstützen damit die Kampagne „In9Monaten.de“ des Aktionsbündnis gegen AIDS.

Die Bundesregierung muss diese Stimmen aus Bevölkerung und Politik ernst nehmen. Es liegt an ihr, globale Verantwortung zu zeigen und mehr zu tun, damit ihre internationalen Verpflichtungen endlich erfüllt werden und die HIV-Übertragung von Mutter-zu-Kind in den nächsten drei Jahren vollständig gestoppt wird.

Es ist ungeheuerlich! Ursprünglich hätte dieses Ziel schon 2010 erreicht werden sollen. Darauf hatten sich die Vereinten Nationen – also auch Deutschland – verständigt. Doch noch heute infizieren sich weltweit jährlich 390.000 Neugeborene während Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit mit HIV. Und das ausschließlich in armen Ländern und obwohl es relativ einfach vermeidbar ist! Noch immer haben in diesen Ländern nur etwa ein Drittel aller Schwangeren überhaupt Zugang zu HIV-Tests und weniger als die Hälfte erhält Medikamente zur Verhinderung der Übertragung von HIV auf ihre Babys.

Gelder und politischer Wille fehlen

Ein wichtiger Aspekt sind – ganz klar – finanzielle Mittel. So müssen die Beiträge Deutschlands für Entwicklungshilfe nicht nur endlich deutlich aufgestockt werden um 2015 das versprochene Niveau von 0,7 % des Brutto-Nationaleinkommens zu erreichen. Auch der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose muss entsprechend der Wirtschaftskraft Deutschlands wesentlich mehr Gelder bekommen (Siehe Artikel Seite 2). Dieser Fonds konnte durch seine Programme bisher 3,3 Mio. der insgesamt 6,6 Mio. Menschen die HIV/Aids-Medikamente bekommen, versorgen und ist eines der wichtigsten Instrumente, um die HIV-Übertragung von der Mutter auf das Kind zu eliminieren.

Neben der Leistung ausreichender Gelder muss die Bundesregierung auch endlich ihre politische Haltung ändern. So stockt in Deutschland seit über einem Jahr der Prozess einen Aktionsplan der Weltgesundheitsorganisation umzusetzen, damit dringend gebrauchte ÄrztInnen und Gesundheitspersonal aus Entwicklungsländern nicht länger Mängel in europäischen Gesundheitssystemen ausgleichen. Hinzu kommt, dass über die EU ständig Verhandlungen zu neuen Handelsabkommen aufgenommen werden, die schädlich sein können, für einen bezahlbaren Zugang zu Medikamenten (siehe Seite 3). Die Regierung muss eine adäquate Antwort auf die HIV/Aids-Epidemie als Querschnitts-Aufgabe verstehen, die viele Bereiche betrifft und ihr endlich die notwendige Beachtung geben.

Foto: Marc Darchinger © Aktionsbündnis gegen AIDS

Weltfrauentag 2012: 39 Bundestagsmitglieder aller Fraktionen unterstützen „In9Monaten.de“-Kampagne.

Ende der Kampagne nicht Ende der Arbeit

Auf dem diesjährigen Katholikentag in Mannheim werden noch tausende

Unterschriften dazu kommen und sie werden Ende Mai an das Bundeskanzleramt übergeben. Und auch wenn die Aktion dann endet, werden wir uns weiterhin - so lange wie nötig und so intensiv wie möglich - dafür einsetzen, dass alle bedürftigen Menschen weltweit Zugang zu HIV-Prävention, Behandlung, Betreuung und Pflege bekommen.

Zahlreiche Mitgliedswerke und Basisgruppen des Aktionsbündnis sowie engagierte Einzelpersonen und Organisationen haben mit Infotischen, Foto-Aktionen, Veranstaltungen und vielem mehr eine erfolgreiche Kampagne auf die Beine gestellt. An alle UnterstützerInnen: Tausendfachen Dank!

Marco Alves, Referent für Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit, Aktionsbündnis gegen AIDS

Aktionsbündnis gegen AIDS beim Katholikentag in Mannheim: 16. - 20. Mai 2012, Besuchen Sie uns!

- Infostand und Fotowand auf der Kirchenmeile Globale Verantwortung, Toulonplatz
- Politisches Nachtgebet: „Entehre mich nicht!“ Tamars Geschichte (2 Sam 13). Gewalt gegen Frauen im Zeitalter von Aids. Do., 17.5., 20 bis 21.30 Uhr, Spitalkirche, E6
- Podiumsdiskussion: Leben mit HIV und Aids - Weltweit und ganz nah. Fr. 18.5., 11 bis 12.30 Uhr, Anna-Reiss-Saal im Reiss-Engelhorn-Museum, D5

Termine

16. – 20.5. 2012	Katholikentag in Mannheim
20.7.2012	*9. Nacht der Solidarität*
22. – 27.7.2012	Welt-Aids-Konferenz in Washington: „Turning the tide together”
7. – 8.9.2012	Vollversammlung und AgA-Rechtsträgervereinsgründung in Bonn
November 2012	10 Jahre Aktionsbündnis gegen AIDS – Fachtagung und Empfang in Berlin

Nacht der Solidarität, 20. Juli 2012 „10 Jahre gegen AIDS. Wir bleiben dran!“

Im Sommer ist es wieder soweit: Zahlreiche Basis- und Kirchengruppen, Mitgliedswerke, SchülerInnen und Schüler machen bundesweit kleine und große Aktionen, Gottesdienste, Infotische, Konzerte und vieles mehr. Mit dem Symbol der roten Schleife zeigen sie ihre Verbundenheit und Solidarität mit Menschen, die von HIV und Aids betroffen sind.

In diesem Jahr steht die Nacht der Solidarität im Licht des 10 jährigen Jubiläums des Aktionsbündnis gegen AIDS. Somit blicken wir gemeinsam sowohl zurück auf wichtige Erfolge als auch nach vorne auf große Herausforderungen.

Veranstalten auch Sie eine Soli-Aktion in Ihrem Ort oder schließen Sie sich anderen Gruppen an. Bestellen Sie kostenlos Material wie Plakate, Flyer oder unser Aktionshandbuch und beteiligen Sie sich an unserem Plakat-Wettbewerb. Siehe Beilage oder www.aids-kampagne.de/soli-nacht

Kontakt und Infos:
Marco Alves, alves@aids-kampagne.de, Telefon 07071-206 504 oder
http://www.aids-kampagne.de/soli-nacht

Impressum

Bündnisbüro:
Beate Ramme-Fülle: Koordination
Marco Alves: Referent Öffentlichkeitsarbeit und Campaigning
Dr. Sandy Harnisch: Referentin Lobby- und Advocacyarbeit

Impressum:
Hrsg.: Aktionsbündnis gegen AIDS
V.i.S.d.P.: Beate Ramme-Fülle
Redaktion: Beate Ramme-Fülle, Marco Alves
Layout: steffengrashoff@web.de
Druck: printmedien-jacobsen@t-online.de

Kontakt:
Aktionsbündnis gegen AIDS
Rechtsträger Difäm
Paul-Lechler-Str.24, 72076 Tübingen
Tel.: +49 7071 206 504
Fax: +49 7071 206 510

Büro Berlin
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin
Tel.: + 49 30 27 58 24 03
info@aids-kampagne.de
www.aids-kampagne.de

Folgen Sie uns auf twitter und facebook
www.twitter.com/aidskampagne
www.facebook.com/aidskampagne

Nachdruck gegen Beleg und Quellenangabe frei.

Aktionsbündnis gegen AIDS
Leben ist ein Menschenrecht!
www.aids-kampagne.de